

NEUE LUZERNER ZEITUNG



Garage Burkhardt AG
Münsterstrasse 7, Sursee
www.garage-burkhardt.ch



Freude am Fahren

It's Burkhardttime

Bezeugt Zwei Zeitzeugen erzählen, wie sie den Zweiten Weltkrieg und sein Ende erlebt haben. **6/7**

Begeisternd Barcelona besiegt Bayern 3:0 – Lionel Messi begeistert als Doppeltorschütze. **31**

Bucherer will Luzerner locken

STADT LUZERN red. Das Uhren- und Schmuckgeschäft Bucherer baut aus. Rund 15 Millionen Franken investierte das Familienunternehmen in die Neugestaltung und Erweiterung des Verkaufslokals am Schwanenplatz. Dabei wurde die Verkaufsfläche für den Schmuck vervierfacht. «Unser Ziel ist es, hier eine ruhige Zone zu schaffen, in der sich Kunden aus der Region wohl fühlen, abseits der Touristen», erklärt Josef Williner, Direktor der Filiale Schwanenplatz, einen der Beweggründe. Die lokale Bevölkerung stehe dem Geschäft bislang eher zurückhaltend gegenüber. Das solle sich künftig ändern.

20

Franken belastet Trisa-Gewinn

TRIENGEN sda. Der Zahnbürstenhersteller Trisa hat 2014 seine Umsätze im In- und Ausland deutlich gesteigert. Sie kletterten total um 11,5 Prozent auf 255,2 Millionen Franken. Die starke Schweizer Währung liess jedoch die Profitabilität des 128 Jahre alten Exportunternehmens sinken. Der Betriebsgewinn vor Zinsen und Steuern (Ebit) brach um 5,1 auf 20,7 Millionen Franken ein, wie die Firma mit Sitz in Triengen gestern mitteilte. Der Grund für das tiefere Ergebnis liege in zusätzlichen Wertberichtigungen auf den Vorräten. Der Schritt war eine Folge der Aufwertung des Schweizer Frankens.

14

Ein Vorstoss aus der PR-Feder

LOBBYISMUS red. Die FDP-Nationalrätin Christa Markwalder reichte im Juni 2013 einen Vorstoss ein, den sie nicht selbst verfasste: Marie-Louise Baumann, ehemalige FDP-Parteisekretärin und Mitarbeiterin einer PR-Agentur, verfasste ihn. Und sendete ihn anschliessend nach Kasachstan zum Korrekturlesen. Markwalder beteuert, nicht gewusst zu haben, dass ein Entwurf zum Überarbeiten nach Kasachstan gesendet wurde. Wenig Verständnis für ihr Vorgehen haben ihre Ratskollegen. Der SVP-Nationalrat Lukas Reimann reichte noch gestern einen Vorstoss ein, der mehr Regeln verlangt. **Kommentar 5. Spalte**

5

ANZEIGE

JETZT Heizöl bestellen!

SCHÄTZLE AG
Tel. 041 368 60 60 | www.schaetzle.ch

AVIA

Preisüberwacher rüffelt Luzerner Taxigebühren

BEANSTANDUNG Ein Standplatz beim Bahnhof Luzern kostet die Taxifahrer 2000 Franken pro Jahr. Das ist zu viel, sagt der Preisüberwacher.

avd. Auf dieses Jahr trat in der Stadt Luzern das revidierte Taxireglement in Kraft – und damit stieg die Gebühr für einen der 11 Standplätze beim Bahnhof von 710 auf 2000 Franken pro Jahr an. Das ist zu viel, sagt der Luzerner Taxi-

fahrer Bruno Zemp (60). Rückendeckung erhält er vom eidgenössischen Preisüberwacher Stefan Meierhans, der die Gebühr auf Anfrage von Zemp unter die Lupe genommen hat.

Zuger Taxifahrer zahlen Bruchteil

Meierhans kritisiert in einem Schreiben, das unserer Zeitung vorliegt, dass die Luzerner Taxigebühr im Vergleich mit anderen Städten «sehr hoch» ist. Er empfiehlt der Stadt, die Gebühr zu senken. Tatsächlich zeigt ein Vergleich mit fünf weiteren Deutschschweizer Städten: Nirgendwo sonst müssen Taxifahrer für einen Standplatz beim Bahn-

hof nur annähernd so viel berappen wie in Luzern. Am tiefsten ist die Gebühr in Zug mit gerade einmal 100 Franken pro Jahr.

Solche Vergleiche lässt die Stadt Luzern nur bedingt gelten. So würden etwa in Zürich die Taxifahrer 780 Franken zahlen; dafür stünden den 1369 standplatzberechtigten Taxis auch nur 16 Standplätze zur Verfügung. In Luzern hingegen teilen sich 52 bewilligte Taxis 11 Plätze. Ausserdem vergleicht die Stadt die Taxigebühr mit den Kosten für einen Dauerparkplatz im Luzerner Bahnhofparking. Sie hält an der Taxigebühr fest.

19



Taxifahrer Bruno Zemp – hier mit seinem Taxi vor dem Bahnhof Luzern – wehrt sich gegen die hohen Standgebühren in Luzern.

Bild Dominik Wunderli

Langzeitgympi in Nidwalden wankt

NIDWALDEN Die Regierung prüft aus Spargründen, das Langzeitgymnasium abzuschaffen. Die Idee hat sie bisher nicht publik gemacht.

red. Der Nidwaldner Regierungsrat muss sparen – und will das auch in der Bildung tun. Konkret prüft der Regierungsrat, das Langzeitgymnasium abzuschaffen. Die Schüler könnten somit

nicht mehr nach dem 6., sondern erst nach dem 8. Schuljahr ins Gymnasium übertreten.

Einsparungen bis 1,5 Millionen

Der Kanton rechnet mit Einsparungen zwischen 560 000 und 1,5 Millionen Franken. Allerdings würden für die Gemeinden Mehrkosten entstehen. Als Alternative zur Abschaffung schlägt die Regierung vor, dass sich die Gemeinden künftig an den Kosten für das Langzeitgymnasium beteiligen. Die Bildungsdirektion erhielt den bisher nicht publik gemachten Auftrag, einen Bericht für

eine Anhörung zu erstellen. Noch bis Ende Monat haben Gemeinden, Parteien, Verbände und Kommissionen die Möglichkeit, Stellung zu nehmen.

Wie am Kollegium St. Fidelis in Stans kennt man aktuell in der ganzen Zentralschweiz – Ausnahme ist Schwyz – das Langzeitgymnasium. Die Abschaffung des Langzeitgymnasiums war vor gut einem Jahr auch im Kanton Luzern gefordert worden. Die auch wegen der knappen Finanzen geprüfte Idee war jedoch nicht mehrheitsfähig. Im Kanton Zug wird geprüft, ob sich die Gemeinden an den Kosten beteiligen sollen.

25

KOMMENTAR

In die Falle getappt

Jedes Jahr reichen eidgenössische Parlamentarier rund 2000 Vorstösse ein. Nicht alle entspringen der eigenen Inspiration. Ob Wirtschafts- oder Umweltverbände, ob Bauernvertreter oder Gewerkschaften: Es ist nichts Aussergewöhnliches, dass Interessenvertreter selber Texte formulieren und sie dann via Parlamentarier in die politische Umlaufbahn einspeisen.

Solange die Volksvertreter die Anliegen auch aus eigener Überzeugung vertreten und wissen, welche Lobby dahintersteckt, ist dies unproblematisch. Auch Christa Markwalder hat nichts Verwerfliches getan. Die Berner FDP-Nationalrätin hat vor zwei Jahren eine wahrlich unspektakuläre Interpellation deponiert: Sie erkundigte sich nach den helvetisch-kasachischen Beziehungen und nach dem Demokratisierungsprozess im autoritär regierten Land. Den Vorstoss hatte Marie-Louise Baumann verfasst, eine ihr bekannte Parteikollegin und Lobbyistin der PR-Agentur Burson-Marsteller.

Das Problem ist nur: Hinter Markwalders Rücken stellte Baumann den Vorstossentwurf ihrem Auftraggeber aus Kasachstan zu. Worauf die angebliche Oppositionspartei sicherstellte, dass ihr Name in einem guten Licht erscheint. Markwalder ist also in die Lobbyfalle getappt. Die Vizepräsidentin des Nationalrats muss sich vorwerfen lassen, Baumann und deren kasachische Verbindungen nicht hinterfragt zu haben und sich damit zur Steigbügelhalterin zweifelhafter Interessen gemacht zu haben.

Richtig peinlich ist die Affäre aber vor allem für Baumann. Die Lobbyistin hat eine vielleicht zu gutgläubige Christa Markwalder getäuscht.

KARI KÄLIN
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE

IBEX

grosser E-Bike Testtag
Samstag 9. Mai 2015
Dorfplatz Kriens
mehr: www.velociped.ch

VELOCIPED
mehr Velo

INHALT

Agenda	29	Kultur	10/11	Todesanzeigen	27
Die andere Seite	36	Markt	13	TV/Radio	28
Forum	16	Ratgeber/Rätsel	16	Wetter	30

Markwalders kasachische Verflechtungen

LOBBYING Die angebliche kasachische Opposition hat den Text eines Vorstosses von Christa Markwalder gleich selber geschrieben. Jetzt steht die Nationalrätin unter Druck.

KARI KÄLIN UND JÜRGEN ACKERMANN
schweiz@luzernerzeitung.ch

Ein spannendes Thema tönt anders. «Weiterentwicklung der Beziehungen zu Kasachstan» lautet der Titel einer Interpellation, die Nationalrätin Christa Markwalder (FDP, Bern) am 21. Juni 2013 einreichte. Keine einzige Zeitung berichtete über ihr Interesse am Demokratisierungsprozess im autoritär regierten Land der ehemaligen Sowjetunion.

Knapp zwei Jahre später sorgt der Vorstoss doch noch für Schlagzeilen. Im Fokus stehen dabei nicht die kasachisch-helvetischen Beziehungen, sondern das Zustandekommen der Interpellation. Der Text dazu stammt nämlich nicht aus der Feder von Christa Markwalder, sondern aus jener von Marie-Louise Baumann von der PR-Agentur Burson-Marsteller – und auch das nur mit Abstrichen. Ohne Markwalders Wissen schickte Baumann den Textentwurf an die kasachische Oppositionspartei Ak Schol, für welche Lobbyistin Baumann, ehemals FDP-Generalsekretärin, ein Mandat betreute. Wie die «Neue Zürcher Zeitung» gestern enthüllte, übernahm Ak Schol die Schlussredaktion des Vorstosses. Die Partei strich dabei das Wort «Menschenrechte» aus dem Entwurf, weil es Parteichef Asat Peruaschew in seiner Heimat angeblich schaden könnte. Dafür schmückte er seine politische Formation mit dem Adjektiv «erfreulich». All diese Aktivitäten fanden hinter Markwalders Rücken statt (siehe Interview). Die Vizepräsidentin des Nationalrats war Peruaschew einmal im Bundeshaus begegnet, nachdem Baumann ein Treffen mit Parlamentariern arrangiert hatte.

7200 Franken für Vorstoss

Der Vorgang birgt noch mehr Brisanz. Anders als sich Ak Schol dargestellt hat,



FDP-Nationalrätin und Nationalrats-Vizepräsidentin Christa Markwalder gestern im Rat.

Keystone/Lukas Lehmann

steht die Partei der Regierung nahe. Zudem bezahlten die kasachischen Auftraggeber Burson-Marsteller knapp 7200 Franken für den Vorstoss. Insgesamt setzte die PR-Agentur mit dem rund zwei Jahre dauernden Mandat für Ak Schol rund 150 000 Franken um.

Die Lobbyaffäre ist für Burson-Marsteller peinlich. Versehentlich schaltete die PR-Agentur auf ihrer Internetseite gestern Morgen eine Stellungnahme auf, in der sie sich von Baumann distanzierte. Später wurde die Stellungnahme wieder entfernt. Burson-Marsteller-Chef Mat-

thias Graf liess verlauten, alle Mitarbeiter seien angehalten, sowohl Auftraggeber als auch Stakeholder konsequent und umfassend zu informieren, für wen die Firma wie tätig sei. Zurzeit untersuche man den Fall.

Markwalders kasachische Verflechtungen waren gestern Thema Nummer eins unter der Bundeskuppel. Wenig Verständnis für ihr Verhalten bringt Lukas Reimann auf. Der St. Galler SVP-Nationalrat reichte deshalb noch gestern einen Vorstoss ein, der mehr Regeln verlangt. Demnach soll ein verbindliches Lobby-

Waren Sie naiv?

kä. Im Juni 2013 hat die Berner FDP-Nationalrätin **Christa Markwalder** eine Interpellation zum Thema Beziehungen Schweiz-Kasachstan eingereicht. Den Anstoss dazu gab die frühere FDP-Generalsekretärin Marie-Louise Baumann, die seit Jahren für die PR-Agentur Burson-Marsteller arbeitet. Baumanns kasachische Auftraggeber diktierten den Text.

Christa Markwalder, das Umfeld der kasachischen Partei Ak Schol hat ohne Ihr Wissen die Schlussredaktion Ihres Vorstosses gemacht. Waren Sie naiv?

Christa Markwalder: Wie hätte ich denn wissen sollen, wer in welcher Form am Text der Interpellation gearbeitet hat? Dass Baumann Entwürfe nach Kasachstan geschickt hat, habe ich gestern erst aus der Presse erfahren.

Hatten Sie keine Anzeichen, dass Lobbyistin Baumann Rücksprache mit ihrem Auftraggeber nahm?

Markwalder: Ich wusste, dass sie ein Mandat hat, aber die Details waren mir nicht bekannt. Baumann hat in Bern ein Treffen mit Vertretern der liberalen kasachischen Opposition organisiert. Dabei kamen unter anderem die Menschenrechte, der Kampf gegen die Korruption und die Wirtschaftsfreiheit zur Sprache. Baumann fragte mich danach, ob man nicht den Bundesrat mittels

Interpellation zu einer Einschätzung zu diesen Themen fragen könnte.

Haben Sie die Schlussversion des Textes noch einmal selber überprüft?
Markwalder: Selbstverständlich. Und ich kann nach wie vor hinter dem Inhalt stehen. Die Fragen waren sehr allgemein gehalten. Sie zielten darauf ab, wie die Schweiz den Demokratisierungsprozess unterstützen könnte. Es ist keine skandalöse Interpellation, nur was jetzt daraus gemacht wird, empfinde ich als skandalös.

NACHGEFRAGT

Welche Lehren ziehen Sie aus der Geschichte?

Markwalder: Ich muss mir vorwerfen lassen, zu gutgläubig gewesen zu sein. Offenbar darf man auch Personen, die man schon seit Jahren kennt, nicht mehr so viel Vertrauen entgegenbringen.

Die PR-Agentur hat ihrem kasachischen Auftraggeber für den Vorstoss rund 7000 Franken in Rechnung gestellt. Haben Sie davon profitiert?

Markwalder: Selbstverständlich habe ich kein Geld erhalten oder sonst irgendwelche Vorteile aus der Sache gezogen – im Gegenteil: Ich habe jetzt nur den Schaden.

isten-Register geschaffen werden, aus dem hervorgeht, welche Personen und Organisationen mit welchen Mitteln Einfluss auf die Gesetzgebung in Bern nehmen. «Dabei muss auch klar werden, von wem sie bezahlt werden», sagt Reimann.

Scharfe Kritik von der SP

Am schärfsten fällt die Kritik an Markwalder erwartungsgemäss bei der SP aus. Der Fall zeige, dass politische Arbeit Zeit brauche, gefährlich werde es dann, wenn sie wie hier delegiert werde, sagt Fraktionschef Andy Tschümperlin. Mark-

walder ihrerseits betonte, viele Parlamentarier hätten sich solidarisch gezeigt. Ein Beispiel dafür ist der Luzerner CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger. «So wie ich Christa Markwalder kenne, hat sie nicht in schlechter Absicht gehandelt.» Sie habe ihrer Parteikollegin Baumann vielleicht zu viel Vertrauen entgegengebracht.



Interpellation: Markwalders umstrittenen Vorstoss finden Sie unter www.luzernerzeitung.ch/bonus

NACHRICHTEN

Unterstützung in Wien gesucht

DIPLOMATIE sda. Bundespräsidentin **Simonetta Sommaruga** hat in Wien um Unterstützung für den Dialog mit der EU geworben. Mit ihrem österreichischen Amtskollegen **Heinz Fischer** und Bundeskanzler **Werner Faymann** unterhielt sie sich über die Umsetzung des Verfassungsartikels zur Zuwanderung. Zum Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU sagte Sommaruga: «Dialog ist der einzige Weg.» Die Ausgangslage sei schwierig, «umso wichtiger ist es, dass auch Österreich den eingeschlagenen Weg, nämlich den Dialog zwischen der Schweiz und der EU, unterstützt».

Initiative gegen Harnos geübt

ST. GALLEN sda. Im Kanton St. Gallen ist eine Initiative zu Stande gekommen, die den Austritt aus dem Harnos-Konkordat verlangt. Eigentliches Ziel des Komitees «Starke Volksschule St. Gallen» ist der Lehrplan 21. Laut dem Komitee wurden 6974 gültige Unterschriften gesammelt. Die Initiative sei aber lediglich der erste Schritt auf dem Weg zu einer Volksschule ohne Lehrplan 21. Der Plan des Komitees sieht so aus: Der Kanton St. Gallen soll zuerst aus dem Harnos-Konkordat austreten – und wäre dann frei, den Lehrplan 21 nicht einzuführen.

Lebensmittel: Sieg für die Bauernlobby

IMPORT Seit langem bekämpft der Bauernverband die erleichterte Einfuhr von Lebensmitteln aus der EU. Jetzt hat er sich im Nationalrat durchgesetzt.

Es sollte eine der Speerspitzen im Kampf gegen die hohen Preise in der Schweiz werden, doch daraus dürfte nach dem gestrigen Entscheid des Nationalrats nichts werden: Die Grosse Kammer hat das Cassis-de-Dijon-Prinzip beschnitten. Federführend war dabei der Bauernverband, von dessen Direktor Jacques Bourgeois (FDP, Freiburg) die parlamentarische Initiative stammte. Lebensmittel sind fortan – die Zustimmung des Ständerats vorausgesetzt – ausgenommen von den erleichterten Importbestimmungen, die für gewisse EU-Produkte gelten. Als diese Regelung vor fünf Jahren eingeführt wurde, erhoffte man sich einiges von ihr. Bis zu 2 Milliarden Franken, so lauteten damals die Prognosen, sollten die Schweizer Konsumenten pro Jahr im Portemonnaie behalten.

Nur 47 Produkte bewilligt

Allerdings hat das Cassis-de-Dijon-Prinzip bis heute nur wenige günstige neue Lebensmittel in die Schweizer Läden gebracht. Gerade einmal 47 Gesuche wurden vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit, das die Einfuhr der Produkte bewilligen muss, bislang gutgeheissen. Im Nationalrat war gestern auf Seiten der Cassis-de-Dijon-Gegner denn auch immer wieder zu hören, dass die

Importerleichterungen nichts gebracht hätten. So argumentierte etwa der Bauernverbandspräsident Markus Ritter (CVP, St. Gallen), der anmerkte, die Kosten in der Bundesadministration seien angesichts des geringen Nutzens zu hoch. Auf der Gegenseite hielt Prisca Birrer-Heimo (SP, Luzern) dagegen, dass es für «eine Quantifizierung noch zu früh» sei. «Der Beobachtungszeitraum war kurz und fiel mitten in die zunehmende Frankenstärke», sagte die oberste Konsumentenschützerin. Zudem brächte das Cassis-de-Dijon-Prinzip eine Produktvielfalt, die im Interesse der Konsumenten sei. Kathrin Bertschy (GLP, Bern) bezeichnete die Initiative derweil als «Protektionismusvorlage», die neue Handelshemmnisse schaffe und den Einkaufstourismus fördere.

Mitteparteien gespalten

Allerdings blieben jene Stimmen, die sich gegen das Anliegen des Bauernverbands stemmten, gestern deutlich in der Unterzahl. 111 Nationalräte vereinte die Agrar-Lobby schliesslich hinter sich, die SVP unterstützte sie geschlossen, dazu unter anderem Teile der FDP und der SP und eine Mehrheit der CVP von Bauernverbandspräsident Markus Ritter. Auch die Grünen wollten die erleichterten Importbedingungen wieder abschaffen – weil in ihren Augen «die Schweizer Qualitätsstrategie der Land- und Ernährungswirtschaft gefährdet wird», wie es Louis Schelbert (Luzern) sagte.

DOMINIC WIRTH
schweiz@luzernerzeitung.ch

Nationalrat verkleinert das Sparpaket

BUDGET Der Bund soll im Jahr 2016 rund 500 Millionen Franken einsparen. Dies soll nicht auf Kosten des Bundespersonals passieren.

sda. Der Nationalrat hat gestern ein Sparpaket gutgeheissen. Den grössten Sparposten strich er allerdings. Nein sagte er auch zu einem Kahlschlag beim Bundespersonal. Den Entscheiden ging eine finanzpolitische Grundsatzdebatte voraus. Die Vertreterinnen und Vertreter der bürgerlichen Parteien verwiesen auf die Lage der Bundesfinanzen. Die guten Jahre seien vorbei, nun brauche es Sparmassnahmen, lautete der Tenor. Vor zwei Jahren hatte der Nationalrat das Konsolidierungs- und Aufgabenprüfungspaket (KAP) an den Bundesrat zurückgewiesen. Zu Stande kam der Entscheid durch eine Allianz von SVP, SP und Grünen. In der Zwischenzeit hat sich die SVP auf die Seite der Befürworter geschlagen.

SVP und Linke stimmen gleich

Allerdings stimmte die Volkspartei gestern gemeinsam mit der Linken gegen den grössten Sparposten. Dieser betrifft die AHV: Durch die Reduktion der Verzinsung der IV-Schuld bei der AHV sollten 132,5 Millionen Franken eingespart werden. Das hat der Nationalrat mit 113 zu 74 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Der Bundesrat will mit dem KAP insgesamt über 700 Millionen Franken einsparen. Massnahmen im Umfang von rund 170 Millionen

Franken, für die es keine Gesetzesänderung braucht, nahm er bereits ins Budget 2015 auf. Das Parlament hiess den grössten Teil der Kürzungen gut. Nicht einverstanden war es mit Kürzungen bei der Landwirtschaft im Rahmen von rund 57 Millionen Franken.

Die Landwirtschaft will der Nationalrat nun auch 2016 verschonen. Ausserdem stellt er sich gegen die Abschaffung der indirekten Presseförderung. Die übrigen Massnahmen fanden – mit Ausnahme des AHV-Postens – eine Mehrheit. Die Linke stellte sich vergeblich gegen Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit und im Schienenverkehr. Die Rechte wiederum beantragte vergeblich zusätzliche Sparmassnahmen, etwa bei den Bundesämtern für Gesundheit und für Kultur.

Entlassung bei jedem Sechsten

Gegen eine Ergänzung des KAP mit einem Ausgabenplafond stellte sich auch Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Bei einem Ja zu den Anträgen der SVP und FDP müsste jeder sechste Mitarbeitende der Bundesverwaltung auf Ende Jahr entlassen werden, gab sie zu bedenken. Kürzungen wären bei schwach gebundenen Ausgaben möglich, etwa in der Armee und in der Landwirtschaft. Dort seien sie aber im Parlament nicht erwünscht.

Die Finanzministerin wies auch darauf hin, dass der Bundesrat bereits Korrekturen vorgenommen habe. Im Finanzplan, den das Parlament im Winter zur Kenntnis genommen hat, waren für 2016 Ausgaben von rund 71 Milliarden Franken vorgesehen. Das KAP geht nun an den Ständerat.